



EVP bekennt sich zu einer grünen Wirtschaft und für einen wirksameren Nachrichtendienst

Es war ein Abend der einstimmigen Entscheide. So befürworteten die EVP-Mitglieder an Ihrer Parteiversammlung vom 18.08.2016 alle 3 Eidg. Vorlagen sowie auch die Städt. Vorlage einstimmig.

Bei der Volksinitiative „grüne Wirtschaft“ war für die Anwesenden klar, dass der Raubbau an den bestehenden Ressourcen so nicht weitergehen kann. So wurde einhellig die Meinung vertreten, dass wenn nicht jetzt die dringend nötigen umweltpolitischen Weichen gestellt werden, bereits die nachfolgende Generation, das volle Ausmass unserer verheerenden Ausbeutung an der Muttererde zu spüren bekommen werden. Im Sinne von „weniger ist immer noch mehr als genug“ und dem Hinweis auf die positiven Aspekte (Ausbau Cleantech, Nahrungsmittelsicherheit etc.), wurde von den Mitgliedern für die Vorlage überzeugt die Ja-Parole beschlossen.

„Eine starke AHV“ ist auch im Interesse der EVP. Doch die mit der Initiative geforderte Erhöhung der AHV-Beiträge um 10 Prozent mit der „Giesskanne“, ist für die EVP Mitglieder der falsche Weg. Dies zumal die entstehenden Mehrausgaben von jährlich rund 4 Milliarden Franken irgendwo eingespart bzw. wieder generiert werden müssten. Nach Ansicht der Mitglieder müsste vielmehr der Zugang zu Ergänzungsleistung erleichtert und diese im Bedarfsfall ausgebaut werden. Dementsprechend wurde die Vorlage zur Ablehnung empfohlen.

Bei der Vorlage zum neuen Nachrichtendienstgesetz wurde anerkannt, dass die bestehenden Möglichkeiten des Nachrichtendienstes des Bundes im heutigen Umfeld und der bestehenden Bedrohungslage völlig ungenügend sind. In einer Abwägung zwischen der nötigen Privatsphäre und dem Schutz vor Bedrohungen wurden die vom Bundesrat geforderten und die von den Parlamenten beschlossenen neuen Massnahmen gutgeheissen. Dies im Wissen, dass es eine absolute Sicherheit nie geben wird.

Die von EVP Grossstadtrat, Rainer Schmidig, erläuterte städtische Vorlage zur Neugestaltung des Rheinufers vermochte bei den Mitgliedern keine Begeisterungstürme zu entfachen. Es wurde von der vorliegenden Kompromisslösung und dem damit beantragten Kredit von knapp 7 Millionen Franken Kenntnis genommen. In der Erkenntnis, dass Visionen oftmals nicht finanzierbar sind, wurde für die „Neugestaltungsvorlage“ die JA-Parole beschlossen.

Beringen, 20.08.2016/HB